

## 2 Phänomen der Sexualdelinquenz

Im Folgenden werden zunächst einige relevante Begrifflichkeiten, die häufig innerhalb des Themenbereiches der Sexualdelinquenz zur Sprache gebracht werden, erläutert. Im Anschluss wird auf die rechtlichen Grundlagen eingegangen. Auf Basis dieser juristischen Definition von sexueller Devianz, die die Grundlage der vorgelegten Arbeit bildet, werden Häufigkeiten und Merkmale der Opfer berichtet. Abschließend werden ätiologische Konzepte verschiedener theoretischer Strömungen überblicksartig dargelegt.

### 2.1 Sexuelle Devianz und Paraphilie

Ein von der Norm abweichendes sexuelles Verhalten kann auf verschiedenen Dimensionen bewertet werden. Dieses Verhalten kann sowohl von klinischer, strafrechtlicher als auch zivilrechtlicher Relevanz sein.

Im klinischen Kontext spielen häufig die Begriffe sexuelle Devianz oder Deviation eine Rolle und beschreiben ein von der Norm abweichendes Verhalten, sie setzen jedoch keine strafrechtliche Relevanz voraus. Die Kernaussage hierbei ist lediglich, dass das gezeigte Verhalten von dem abweicht, was in der Gesellschaft häufig oder üblich ist bzw. als normal angesehen wird (Fiedler, 2004). Eine Abweichung von der Norm kann sowohl statistisch als auch aufgrund von moralischen Bewertungen vorliegen. Unter deviante sexuelle Verhaltensweisen fallen beispielsweise Transvestismus und Transsexualität (Bancroft, 1985). Dabei liegt zwar häufig eine klinische oder zivilrechtliche, aber keine strafrechtliche Relevanz vor. Sexuelle Deviation wird erst dann strafrechtlich bedeutsam, wenn eine andere Person gegen ihren Willen einbezogen wird. Unter rechtsverletzende Handlungen fallen auch Taten, die an Personen begangen werden, die nicht dazu in der Lage sind, ihr Einverständnis zu äußern (z. B. Kinder, Abhängige, Behinderte).

Ein weiterer oftmals auch Synonym verwendeter Begriff ist die Perversion. Dieser Terminus stammt aus den eher traditionellen Lehren der Psychiatrie und bezeichnet dort die Abweichung des Geschlechtstriebes von der Norm, die Triebstörung und die Abnormalität des sexuellen Verhaltens (Bleuler, 1983). Parallelen zum Begriffsverständnis der sexuellen Devianz bestehen darin, dass bei einer Perversion ebenfalls keine strafrechtliche Relevanz vorliegen muss.

Ausgangspunkt bei dieser Begrifflichkeit ist ein zugrunde gelegtes medizinisch-biologisches Krankheitsmodell. In den Klassifikationssystemen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Amerikanischen Psychiatrischen Vereinigung (APA), der ICD-10 und dem DSM-IV, findet sich der Begriff der Perversion nicht mehr. Stattdessen ist die Rede von „sexuellen Funktionsstörungen“, „Störungen der Geschlechtsidentität“ oder „Paraphilien“ (Saß, Wittchen, Zaudig & Houben, 2003).

In der forensischen Lehre der Gegenwart hat sich der Begriff der Paraphilie durchgesetzt. Beim Vorliegen einer Paraphilie besteht die größte Gefahr, dass es zu einer das Strafrecht verletzenden Handlung kommt. Studien, die das Auftreten von Paraphilien in Stichproben von verurteilten Sexualstraftätern untersucht haben, kommen zu dem Ergebnis, dass 58 % (McElroy et al., 1999) zum Teil sogar 74 % (Dunieth et al., 2004) der untersuchten Sexualdelinquenten diese Diagnose erfüllen. Ein Hauptkriterium dafür ist, dass „wiederkehrende intensive sexuell erregende Phantasien, sexuell dranghafte Bedürfnisse oder Verhaltensweisen, die sich im allgemeinen auf [...] das Leiden oder die Demütigung von sich selbst oder eines Partners oder Kindern oder anderen nicht einwilligenden oder nicht einwilligungsfähigen Personen beziehen“ (Saß, Wittchen, Zaudig & Houben, 2003, S. 625) vorliegen. Die Entstehung von Paraphilien ist weitgehend ungeklärt, am plausibelsten erscheint gegenwärtig ein Zusammenwirken von biologischen und psychischen Faktoren in kritischen Zeitperioden (Berner, 2012). Aus psychodynamischer Perspektive liegt einer Störung der Sexualpräferenz die Angst vor normaler Sexualität zu Grunde. Das führt dazu, dass Abwehrmechanismen in Form von Paraphilien entwickelt werden, die das Ich vor verdrängten Ängsten schützen (Hautzinger & Thies, 2008). Nach der Theorie von Money (1986) ist davon auszugehen, dass eine Triade aus biologischen und psychischen Faktoren sowie deren Einwirken in kritischen Zeitperioden, z. B. Pubertät oder Adoleszenz entscheidend für die Entwicklung von sexuellen Vorstellungswelten ist.

Unter dem Begriff der Paraphilie ist eine Bandbreite an klinischen Phänomenen subsumiert, die in unterschiedlich starkem Ausmaß Schäden beim Opfer verursachen können. Zu den unproblematischen Paraphilien zählen der Fetischismus und Transvestismus, welche auch eher nicht als sexuelle Störungen betrachtet werden sollten. Zunehmend problematischer wird es im Falle des Voyeurismus, des Exhibitionismus und des Frotteurismus, bei diesen Paraphilien treten Opferschäden im begrenzten Maße auf. Anders verhält es sich beim sexuellen Masochismus, sexuellen Sadismus und der Pädophilie, diese zählen zu den sehr gefährlichen Paraphilien (Fiedler, 2004). Diese sexuell abweichenden Praktiken sind als sehr risikoreich und gefährlich für die eigene und die Gesundheit anderer zu beurteilen. Zudem kommt eine strafrechtliche Dimension

hinzu, wenn die sexuellen Impulse an Personen ausagiert werden, die nicht mit diesen Praktiken einverstanden sind.

Besondere Beachtung ist in diesem Zusammenhang den pädosexuellen Handlungen zu schenken. Unter diesem Teilaspekt der gefahrenvollen Paraphilien wird zunächst jede Form der sexuellen Beziehung zwischen einem Erwachsenen und einem Kind im gesetzlichen Schutzzalter verstanden (Pfäfflin, 2009). Die Konstellationen, die das Zustandekommen einer solchen sexuellen Beziehung ermöglichen, sind mannigfaltig: wechselseitige Liebesbeziehungen, Gelegenheitshandlungen von sozialen Außenseitern, gewaltlose Verführungen von Kindern durch Erwachsene oder auch sehr gewalthaltige Attacken. Im Allgemeinen ist davon auszugehen, dass je größer die Altersdifferenz zwischen kindlichem Opfer und erwachsenem Täter ist, desto abweichender von normaler Sexualität ist die Beziehung zwischen Täter und Opfer und desto pathologischer ist die Persönlichkeit des erwachsenen Täters (Pfäfflin, 2009).

Von einer Pädophilie ausschließlichen Typus (Fiedler, 2004) oder einer Kernpädophilie (Nedopil, 2000) spricht man nur dann, wenn eine ausschließliche Fixierung auf junge kindliche Körper vorliegt, die nicht selten mit der Tendenz zur Vergegenständlichung des kindlichen Körpers und fetischistischen Zügen einhergeht (vgl. Abbildung 1).

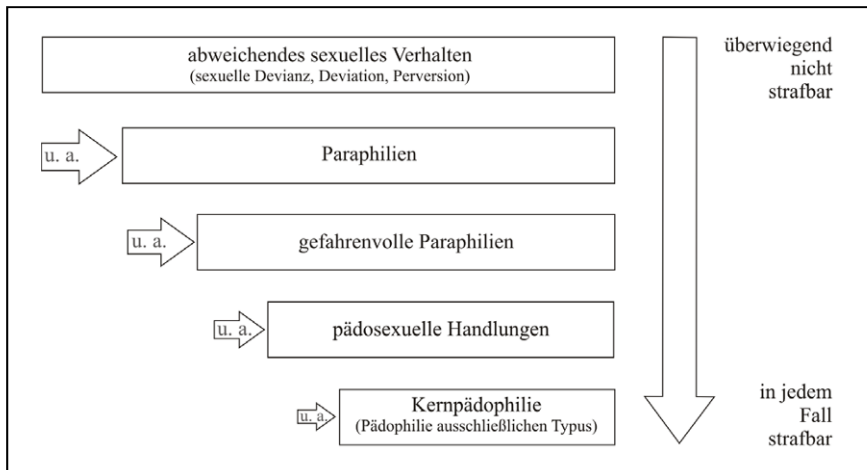


Abbildung 1. Überblick über Teilbereiche sexuell abweichenden Verhaltens und deren Strafbarkeit.

Zumeist stehen aggressive Akte gegenüber Kindern nicht im Zentrum der Pädophilie (Nedopil, 2000). Neuropathologische Untersuchungen können eine signifikante rechtsseitige Volumenverkleinerung der Amygdala bei pädophilen Straftätern nachweisen (Schiltz et al., 2009). Diese neurologische Veränderung wird mit einer gesteigerten Libido und somit mit einer häufig diskutierten Hypersexualität pädophiler Straftäter in Verbindung gebracht. Die Steigerung des sexuellen Interesses könnte sich wiederum in einer großen Opferzahl niederschlagen. Eine typologische Unterscheidung pädophiler Täter nimmt unter anderem Beier (1995) vor. Es werden jugendliche, sexuell unerfahrene Täter; dissoziale Täter; Täter mit pädophiler Hauptströmung (Kernpädophilie); Täter mit pädophiler Nebenströmung und schwachsinnige Täter unterschieden. Wobei in einer von Beier (1995) durchgeführten Aktenanalyse die Täter mit pädophiler Neben- oder Hauptströmung den größten Anteil hatten. Schätzungen zufolge ist einer von 20 Kindesmissbrauchern pädophil (Hall & Hall, 2009). Es gilt jedoch zu bedenken, dass die Prävalenz von Personen mit Pädophilie nur sehr schwer zu beurteilen ist, da nur die wenigsten Betroffenen sich freiwillig in eine Behandlung begeben oder bei Ärzten und ähnlichen Anlaufstellen über pädophile Interessen oder Phantasien berichten.

Weder sexuelle Deviation, Persionen noch Paraphilien müssen strafrechtliche Normen verletzen. Im Umkehrschluss ist auch zu berücksichtigen, dass nicht jedem Sexualdelikt eine sexuelle Deviation oder Paraphilie zugrunde liegen muss. Ein Sexualdelikt definiert sich, unabhängig von möglicherweise zugrunde liegenden psychologischen oder psychiatrischen Störungen, lediglich aus dem Begehen eines Tatbestandes aus dem Bereich der „Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung“ Abschnitt 13 des Strafgesetzbuches (StGB). Es handelt sich damit um die Bewertung eines beobachtbaren Verhaltens. Somit muss dem sexuellen Missbrauch eines Kindes beispielsweise keine Pädophilie im Sinne einer Kernpädophilie zugrunde liegen, dennoch stellt es ein deviantes Sexualverhalten dar und fällt gleichzeitig unter die strafrechtlichen Bestimmungen nach Abschnitt 13 StGB. Demnach ist auch nicht davon auszugehen, dass Sexualstraftäter per se Auffälligkeiten in klinischen Dimensionen aufweisen.

Innerhalb der vorgelegten Arbeit werden Sexualstraftäter ausschließlich auf Basis eines Gesetzesverstoßes definiert. Alle Untersuchungsteilnehmer dieser Arbeit sind aufgrund eines Verstoßes gegen die sexuelle Selbstbestimmung nach Abschnitt 13 StGB auffällig geworden. Moralische Wertungen oder gesellschaftliche Normen, die über die gesetzliche Grundlage hinausgehen, finden dabei keine Beachtung und werden nicht berücksichtigt.

## 2.2 Sexualstrafrecht

Das Strafgesetzbuch bestimmt, welche Verhaltensweisen als strafbare Handlungen im Sinne des Gesetzgebers anzusehen sind und schafft damit die Grundlage für die Bestrafung von Gesetzesbrechern. Das Sexualstrafrecht wird durch den 13. Abschnitt dieses Gesetzbuchs repräsentiert. Es ist zu berücksichtigen, dass dieser Abschnitt eine große Bandbreite an Rechtsverstößen umfasst. Hierunter finden sich sowohl die Paragraphen, die Vergewaltigung und Kindesmissbrauch unter Strafe stellen als auch Sexualstraftaten, die eher eine erwerbsmäßige Motivation vermuten lassen wie beispielsweise Zuhälterei (§ 181a StGB) oder Ausbeutung von Prostituierten (§ 180a StGB). Taten bei denen von einer erwerbsmäßigen Motivation auszugehen ist, werden in dieser Arbeit nicht berücksichtigt.

In den vergangenen Jahrzehnten hat das Sexualstrafrecht einige Wandlungen durchlaufen. Waren die Jahre von 1969 bis Ende der 80er Jahre noch von Entkriminalisierung und Liberalisierung geprägt, so ging der Trend ab Anfang der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts hin zu einer Verschärfung des Sexualstrafrechts (Dünkel, 2005; Brüggemann, 2013).

Die erste Phase dieser Entwicklung war eher von der Abschaffung verschiedener Straftatbestände gekennzeichnet wie beispielsweise Abschaffung der Strafbarkeit des Ehebruchs, der Homosexualität oder auch der Erschleichung des Beischlafs. Außerdem unternahm man 1973 (4. StRG 1973) eine umfangreiche Umgestaltung des 13. Abschnitts des StGB, damit ging unter anderem die Umbenennung dieses Gesetzabschnitts von „Verbrechen gegen die Sittlichkeit“ in „Straftaten gegen die Sexuelle Selbstbestimmung“ einher. Die zweite Phase beinhaltet Erweiterungen bestehender gesetzlicher Bestimmungen in zwei großen Reformetappen. Aus den Reformen zwischen 1992 und 1997 resultiert vor allem eine Neukriminalisierung verschiedener Handlungen. Die Gesetzesänderungen aus diesem Zeitraum umfassen beispielsweise die Ausdehnung der Geltung des § 176 (sexueller Missbrauch von Kindern) auch für Auslandstaten Deutscher, um dem so genannten Sextourismus begegnen zu können (27. StÄndG 1993), den einheitlichen Schutz männlicher und weiblicher unter 16-Jähriger vor sexuellen Missbrauch (29. StÄndG 1994), oder auch die Aufnahme von Vergewaltigung in der Ehe als Straftatbestand (33. StÄndG 1997). Ebenso wurden Vergewaltigung und sexuelle Nötigung seit 1997 zu einem einheitlichen Tatbestand zusammengefasst. Die Reformen nach 1997 sind vor allem von einer verschärften Bestrafung der Verstöße gegen diesen 13. Abschnitt des StGB gekennzeichnet. Strafverschärfungen gab es beispielsweise im Bereich der sexuellen Gewalt gegen Kinder und gegen widerstandsunfähige Personen. Die Mindeststrafen für diese Deliktbereiche wurden angehoben und der Vorbehalt der Sicherungsverwahrung wurde eingeführt. Außerdem

wurde der minderschwere Fall gestrichen. Ferner wurde das Einwirken auf Kinder durch pornographische Schriften und das Anbieten von Kindern für sexuelle Missbrauchshandlungen in das Strafgesetzbuch mit aufgenommen (Bundesministerium des Inneren & Bundesministerium der Justiz, 2006).

Die jüngste Änderung der Rechtsgrundlage betrifft die Stärkung der Rechte von Opfern sexuellen Missbrauchs (Bundesgesetzblatt, 2013). Der Beginn der Verjährungsfrist wurde vom 18. Lebensjahr des Opfers auf das 21. Lebensjahr verschoben und erlischt bei schweren Missbrauchsdelikten frühestens mit dem 41. Lebensjahr des Opfers. Mit dieser in diesem Jahr in Kraft getretenen Gesetzesänderung reagiert der Gesetzgeber auf Forderungen verschiedener Opferverbände, die vor allem im Zusammenhang mit der großen Zahl bekannt gewordener Missbrauchsfälle in der Katholischen Kirche und dem Odenwald-Gymnasium aufgetreten sind.

### **2.3 Statistische Eckdaten und empirische Erkenntnisse zur Häufigkeit von Sexualkriminalität**

Im Folgenden werden einige Daten zur Häufigkeit von Sexualdelikten berichtet. Es wird sowohl auf die Taten im Hellfeld wie auch auf Erkenntnisse der Dunkelfeldforschung eingegangen. Außerdem werden Merkmale der Opfer dieser Delikte dargestellt. Abschließend werden die Befunde der Prognoseforschung und zur Rückfallhäufigkeit von Sexualstraftätern zusammengefasst.

#### *2.3.1 Daten aus dem Hellfeld*

Ein Verhalten kann für die Gesellschaft nur dann als Kriminalität sichtbar werden, wenn es der formellen oder informellen sozialen Kontrolle, wie beispielsweise Nachbarschaftskontrolle unterzogen wird. Im Besonderen dann, wenn formelle soziale Kontrollen in Form der Instanzen des Justizsystems zum Einsatz kommen, wird ein Verhalten als kriminell erkennbar. Die Häufigkeit dieser Hellfeldtaten wie auch deren Veränderungen über die Jahre werden in Kriminalstatistiken dokumentiert. Die Informationsgrundlage der Kriminalstatistik bilden Protokolle der einzelnen Ermittlungs- und Bearbeitungsschritte der Polizei, der Staatsanwaltschaft, der Gerichte und des Strafvollzuges (Kunz, 2004).

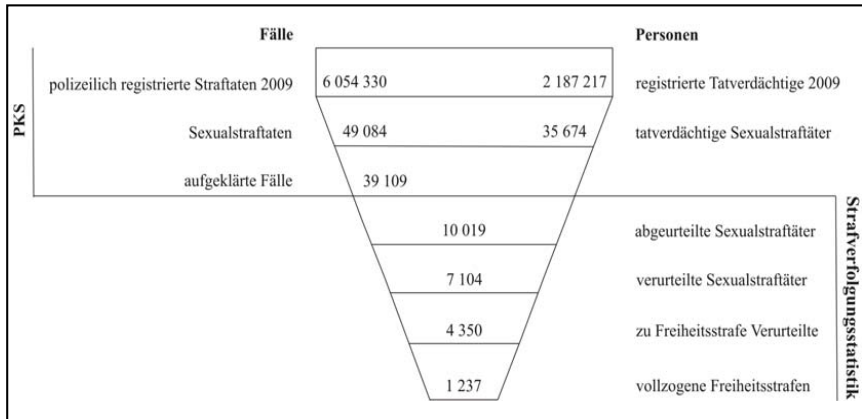
Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) erfasst die von der Polizei als Straftat bearbeiteten Vorgänge sowie die ermittelten Tatverdächtigen. Im Unterschied dazu erfasst die Strafverfolgungsstatistik nicht die zur Anzeige gebrachten Fälle, sondern Personen, die aufgrund eines Gesetzesverstoßes vor Gericht standen, es werden sowohl die Aburteilungen als auch die Verurteilungen dokumentiert. Abgeurteilte sind alle Personen, deren Strafverfahren durch Urteil,

Einstellungsbeschluss oder auch Freispruch rechtskräftig abgeschlossen ist. Von Verurteilten spricht man hingegen nur dann, wenn gegen den Angeklagten nach allgemeinem Strafrecht eine Strafe verhängt wurde.

Zur Veranschaulichung der Kriminalitätsbelastung, die durch Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung entsteht, werden die Zahlen der beiden beschriebenen Hellfeldstatistiken aus dem Erhebungsjahr der vorgelegten Arbeit herangezogen. Laut PKS (Bundeskriminalamt, 2010) betrug im Jahr 2009 der Anteil der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung an den gesamt verübten Straftaten 0.8 %. Das entspricht etwa 49 000 Fällen. Betrachtet man diese Zahl im Detail, fällt auf, dass allein Vergewaltigung und sexueller Missbrauch aus der gesamten Palette an Straftaten, die unter diesen Abschnitt des StGB fallen, über die Hälfte der registrierten Fälle ausmachen. Der Anteil von Vergewaltigungsdelikten und sexueller Nötigung (§§ 177 Abs. 2, 3 und 4, 178 StGB) lag im Jahr 2009 bei 0.1 % an der Gesamtkriminalität. Die Aufklärungsquote lag laut PKS bei diesem Delikt bei 81.6 %. Das ist ein Anstieg um fast acht Prozentpunkte seit dem Jahr 1970. Bei etwa 0.4 % aller registrierten Fälle handelt es sich um sexuelle Missbrauchsdelikte nach §§ 176, 176a, 176b, 179, 182 StGB. Bei sexuellem Missbrauch von Kindern liegt die Aufklärungsquote bei 83.5 % im gesamten Bundesgebiet. Im Falle von sexuellem Missbrauch von Schutzbefohlenen unter Ausnutzung einer Amtsstellung oder eines Vertrauensverhältnisses ist die höchste Aufklärungsquote mit einem Anteil von 96.6 % zu verzeichnen.

Sexualstraftäterforschung konzentriert sich vor allem auf männliche Täter, weil diese mit einem Anteil von 94 % der Tatverdächtigen bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung die übergroße Mehrheit darstellen. Bei Morden im Zusammenhang mit Sexualdelikten wird das ungleiche Geschlechterverhältnis innerhalb dieser Deliktgruppe noch deutlicher, im Berichtsjahr 2009 waren alle Tatverdächtigen männlich.

Aus der Strafverfolgungsstatistik 2009 (Statistisches Bundesamt, 2010) ist zu entnehmen, dass in diesem Jahr 39 109 Fälle von Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (§§ 174 - 184e) aufgeklärt werden konnten und der weiteren Strafverfolgung zugeführt wurden. Davon kam es insgesamt zu 7 104 Verurteilungen. In circa 61 % der Fälle wurden Freiheitsstrafen ausgesprochen aber nur etwa jede Dritte dieser ausgesprochenen Freiheitsstrafen wurde auch vollzogen.



*Abbildung 2.* Daten aus der PKS und der Strafverfolgungsstatistik zum Anteil von Sexualstraftaten und -tätern an den Gesamtstraftaten und zum Anteil der letztendlich inhaftierten Delinquenten.

Wie der aktuellsten PKS (Bundeskriminalamt, 2013) zum Berichtsjahr 2012 zu entnehmen ist, lässt sich ein leicht ansteigender Trend bei den Fällen des sexuellen Kindesmissbrauches (§§ 176, 176a, 176b StGB) verzeichnen. Im Vergleich zum Vorjahr ist hier ein Anstieg von 1,4 % zu konstatieren. Ob sich dieser Anstieg auch in den Verurteilungen niederschlägt, ist zu diesem Zeitpunkt nicht zu sagen, da die aktuellen Statistiken hierzu noch nicht vorliegen. Insgesamt ist in den vergangenen zehn Jahren anhand der Zahlen aus dem Hellfeld allerdings ein leicht rückläufiger Trend bezüglich der Delikte gegen die sexuelle Selbstbestimmung zu beobachten.

Wie Abbildung 2 verdeutlicht, handelt es sich bei der in dieser Untersuchung betrachteten Gruppe um das Ergebnis eines deutlichen Selektionsprozesses. Die Täter, die letztlich inhaftiert werden, sind nur ein geringer Teil aller Sexualstraftäter. Da jedoch davon auszugehen ist, dass die Schwere oder Häufigkeit der Delikte bei den inhaftierten Tätern deutlich höher ist als bei denen, die beispielsweise zu Bewährungsstrafen verurteilt wurden, sollten innerhalb dieser Gruppe der Sexualstraftäter Abweichungen und Besonderheiten in Persönlichkeitsfacetten, Einstellungsmerkmalen und Verhaltensweisen am deutlichsten zum Vorschein kommen.

Bei Betrachtung der berichteten Häufigkeiten sind jedoch auch einige Kritikpunkte an den amtlichen Statistiken zu berücksichtigen. Zur PKS ist anzumerken, dass die Zahl polizeilich registrierter Straftaten in einem hohen Maß



vom Anzeigeverhalten der Bevölkerung, polizeilichen Kontrollen und auch der statistischen Erfassung abhängt. Im Allgemeinen ist davon auszugehen, dass sich die Anzeigebereitschaft mit der Schwere der Tat erhöht (Bickel, 2003). Eine Ausnahme bilden hier jedoch Sexualdelikte, da sich diese häufig im sozialen Nahfeld ereignen. Es ist zu erwarten, dass die Bereitschaft, eine Straftat zur Anzeige zu bringen, herabgesetzt ist, wenn beispielsweise Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Täter und Opfer existieren.

Bei der Strafverfolgungsstatistik handelt es sich zwar um eine vollständige Erfassung aller Abgeurteilten und Verurteilten, jedoch können Ungenauigkeiten und Fehler bei der Datenerhebung in den Strafvollstreckungsbehörden entstehen. Beispielsweise bei der Zuordnung zu einer tatcharakterisierenden Deliktgruppe, wenn mehrere sehr divergierende Straftaten abgeurteilt wurden. Mit Ungenauigkeiten ist vor allem bei Angaben zu rechnen, die nicht für andere Zwecke als der statistischen Erhebung von Interesse sind.

Die Vergleichbarkeit von PKS und Strafverfolgungsstatistik ist nur bedingt gegeben. Zum einen kommt es häufig zu zeitlichen Verschiebungen der Aburteilung der registrierten Fälle, das heißt nicht jede im Jahr 2013 registrierte Straftat wird auch im selben Jahr der Strafverfolgung zugeführt. Zum anderen können Abweichungen in den benannten Straftatbeständen entstehen, da die PKS lediglich den Tatverdacht wiedergibt und sich die Strafverfolgungsstatistik auf die strafgerichtliche Entscheidung bezieht. Es ist beispielsweise möglich, dass im Laufe der Strafverfolgung eine Umbewertung des Tatvorwurfs von Mord hin zu Vergewaltigung mit Todesfolge geschieht. Trotz dieser Ungenauigkeiten können diese beiden Statistiken herangezogen werden, um den Selektionsprozess der sich letztlich in Haft befindlichen Sexualstraftäter in der Tendenz abzubilden.

### *2.3.2 Ergebnisse aus Dunkelfeldstudien*

Die beschriebenen Hellfeldstatistiken bilden jedoch nur einen Ausschnitt der Kriminalitätsbelastung ab. In diesem Deliktbereich ist nach wie vor von einem hohen Dunkelfeld auszugehen (Brand, 2006). Gerade Straftaten, die mit einem massiven Eindringen in die Intimsphäre der Opfer verbunden sind, werden häufig aus Scham oder falscher Schuldgefühle tabuisiert und verschwiegen. Forschung zur Aufhellung des Dunkelfeldes trägt dazu bei, sich der realen Fall- und Opferzahlen anzunähern. Jedoch bringt auch dieser Untersuchungsansatz zur Ermittlung von Prävalenzen einige Probleme mit sich. Es kann nicht kontrolliert werden, ob die Straftaten sich tatsächlich in der berichteten Art und Weise ereignet haben oder ob möglicherweise Verharmlosungs- oder Dramatisierungstendenzen vorliegen. Inwiefern die strafrechtliche Bewertung des betreffenden

Ereignisses, welche in vielen Fällen durch die Opfer vorgenommen wird, korrekt ist, kann auch nur eingeschränkt überprüft werden (Kunz, 2004).

Frühe Dunkelfeldforschung basierte noch auf Schätzungen und Hochrechnungen kriminalistischer Daten oder persönlicher Erfahrungen aus dem Berufsalltag von Kriminalisten. Da diese Methoden jedoch den wissenschaftlichen Ansprüchen an Überprüfbarkeit und Repräsentativität nicht genügten, setzte sich seit den 60er Jahren Dunkelfeldforschung mittels Bevölkerungsumfragen durch (Kunz, 2004). Hierbei bedient man sich der Täter- und Opferbefragung. Im Gegensatz zu den USA und einigen europäischen Ländern werden in Deutschland noch keine periodischen Opferbefragungen bei national repräsentativen Stichproben durchgeführt (Bundesministerium des Inneren & Bundesministerium der Justiz, 2006).

Eine der größten schriftlichen Befragungen im Dunkelfeld in Deutschland wurde im Rahmen einer Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN) 1992 realisiert (Wetzels & Pfeiffer, 1995). In dieser repräsentativen Befragung bejahten 14.5 % der insgesamt 2 104 Frauen die Frage, ob sie schon einmal mit Gewalt oder unter Androhung von Gewalt gegen ihren Willen zum Beischlaf oder beischlafähnlichen Handlungen gezwungen wurden, oder, ob versucht wurde das zu tun. Von den Befragten gaben 5.7 % an, bis zu ihrem 18. Lebensjahr Opfer einer versuchten oder vollendeten Vergewaltigung oder sexuellen Nötigung geworden zu sein. Ungefähr drei Viertel der berichteten Sexualdelikte ereigneten sich im sozialen Nahbereich. Von diesen Vergewaltigungen und sexuellen Nötigungen durch Mitglieder des eigenen Haushalts wurden laut dieser Studie nur 6.7 % angezeigt (Wetzels & Pfeiffer, 1995). Es ist davon auszugehen, dass innerfamiliäre Delikte vor allem aus Scham oder Furcht eher verschwiegen werden (Wetzels, 1997; Drajer, 1990).

Erkenntnisse zum Dunkelfeld jüngeren Datums liegen von der gleichen Forschungsgruppe aus dem Jahr 2011 vor (Stadler, Bieneck & Pfeiffer, 2012). Die ersten Ergebnisse aus dieser jüngsten Dunkelfeldbefragung weisen darauf hin, dass von einem Rückgang sexuellen Kindesmissbrauchs mit Körperkontakt auszugehen ist. Während 1992 noch 9.6 % der weiblichen und 3.2 % der männlichen Befragten von einem sexuellen Missbrauch mit Körperkontakt bis zu ihrem 16. Lebensjahr berichteten, verringerte sich dieser Anteil fast zwanzig Jahre später auf 7.4 % der befragten Frauen und 1.5 % der befragten Männer. Die Autoren konnten außerdem eine erhöhte Anzeigebereitschaft für diese Delikte feststellen und führen das auf die Wirkung von zahlreichen Sensibilisierungs- und Präventionskampagnen zurück. Dieser Umstand führt trotz rückläufiger Prävalenzen zu einer erhöhten Wahrnehmung sexueller Missbrauchsdelikte im Hellfeld. Auch US-amerikanische und europäische Dunkelfeldstudien

dass Lernprozesse und sich daraus etablierende Denkmuster verhaltenssteuernd wirken und maßgeblich am Begehen von sexuellen Übergriffen beteiligt sind.

## **2.7 Das Phänomen der Sexualdelinquenz im Resümee**

Sexuelle Verhaltensweisen, die durch den Gesetzgeber unter Strafe gestellt werden, stellen nur einen Teilbereich der Sexualität, der im klinischen Kontext Beachtung geschenkt wird, dar. Gleichzeitig bringt das Sexualstrafrecht zum Ausdruck, dass ein Konsens dahingehend besteht, dass es sich bei der Wahrung der sexuellen Selbstbestimmung um einen zentralen Bestandteil unserer Gesellschaft handelt. Obwohl Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung nur einen sehr geringen Anteil an der Gesamtkriminalität haben, reagiert die Öffentlichkeit auf diese Gesetzesverstöße mit größter Sensibilität. Erkenntnisse zum Dunkelfeld legen jedoch auch die Vermutung nahe, dass aus Scham und Hilflosigkeit ein größerer Teil von Tatbeständen nicht zur Anzeige gebracht wird, als es bei Delikten der Fall ist, bei denen beispielsweise eine Strafanzeige Voraussetzung für eine versicherungsrechtliche Schadenregulierung ist. Das Verschweigen von sexuellen Übergriffen ist maßgeblich auch durch die Beziehungskonstellation zwischen Täter und Opfer zu erklären. Zum größten Teil sind sich Täter und Opfer bereits vor der Tat bekannt, in vielen Fällen sogar miteinander verwandt. Im Fall von kindlichen Opfern machen sich Täter oftmals auch ihre Überlegenheit als erwachsene Person zunutze und tragen somit aktiv dazu bei, dass missbräuchliche Kontakte über einen längeren Zeitraum aufrechterhalten werden. Erklärungsansätze zur Entstehung von sexuell übergriffigen Verhalten fokussieren neben diesen persuasiven Kommunikations- und Verhaltensweisen auch biologische, lerntheoretische und sich daraus entwickelnde Eigenschaftsaspekte eines Täters sowie situationsspezifische Faktoren.

Tatverhalten und Täterpersönlichkeit von  
Sexualdelinquenten

Der Zusammenhang von Verhaltensmerkmalen und  
personenbezogenen Eigenschaften

Niemeczek, A.

2015, XIII, 243 S. 16 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-07393-0